

Halle'sche Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

1919 Nr. 9
Morgen-Ausgabe Montag, 6. Januar
Anzeigenpreis: ...
Verlagspreis: ...

Die Polen bedrohen Westpreußen

Danzig, 4. Januar.

Die Polen haben sich durch die deutschen Proteste in ihrem Vormarsch auf deutsches Boden nicht aufhalten lassen. Es hat vielmehr den Anschein, als ob dieser Vormarsch ein beschleunigteres Tempo angenommen hätte. Die Verkehrsverbindungen mit Schneidemühl, dem wichtigsten Kreuzungspunkte im Osten, sind bereits unterbrochen. In Gnesen, wo die Polen bereits das Feld beherrschen, hat die polnische Volksanwerbung begonnen. Die Polen machen kein Hehl daraus, zu gehen, was das jetzt in Bildung begriffene Heer für die „Westpreußen“ Westpreußen bestimmt ist. Gegen Thron sollen polnische Truppen mit Artillerie unterwegs sein. Die deutsche Bevölkerung in Bromberg verläßt fluchtartig die bedrohte Stadt. Wie verlautet, sind die Polen bereits stark im Anmarsch auf Bromberg. Die Eisenbahn von Bromberg nach Gnesen ist von den Polen besetzt.

Die Erklärungen des preussischen Ministers Ernst, daß die Berliner Regierung kaum über eine Division zuverlässiger Truppen verfüge, haben in den östlichen Provinzen die fesselnde Bewegung ausgelöst. Zwar hofft man, daß die Lage doch nicht so hoffnungslos sei, aber man fürchtet wohl nicht mit Unrecht, daß diese Erklärungen die Polen zu neuen Aufständen hinführen werde, zumal feststeht, daß sie selbst nicht geglaubt haben, in Polen so geringen Widerstand zu finden, und über die Stärke der deutschen Sicherungen im Zweifel waren. In der Tat nähern sich auch polnische Truppen in deutschen Uniformen und mit deutscher Ausrüstung, nur mit der polnischen Kappe versehen, den urdeutschen Gebieten Posen und Nordostpreußen. Ihr Vorgehen wird vielfach als Signal für einen allgemeinen Polenaufruf betrachtet.

Angeichts dieser Gefahr beginnt sich die deutsche Bevölkerung Posens und Nordostpreußens aufzunutzen und zu bewaffnen. Es sind in zahlreichen Orten an den gedienten Weibern Volkswachen gebildet worden, die mit Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstet sind und die Annahmewege der Polen besetzt halten. Auch die deutschen Soldatenräte und das schlesische

Generalkommando organisierten Widerstand bis zum Neufahren. Die Deutschen in den östlichen Provinzen sind fest entschlossen, ihre Heimat mit Blut und Leben gegenüber den Polen zu verteidigen. In den nächsten Tagen werden Organisationen für einen ganz umfassenden Widerstand durchgeführt werden. Die „Schlesische Stn.“ meldet, daß die Berliner Regierung die Provinz Posen den Polen freigegeben hat und am 9. Januar die Proklamation der Provinz als polnische Landesteil erfolgen soll. In der Stadt Posen sind die Deutschen weggeführt und den Polen auf Gnade und Ungnade überlassen. Der neuen Herren versahen mit ihnen nach Gurlitz. Die Schlüsse in den deutschen Gefängnissen und Wohnungen sind an der Tagesordnung. In das Telegraphenamt drangen die Polen ein und zwangen die Beamten mit den Waffen, sofort die Arbeit niederzulegen. Ein Teil erhielt nach einigen Tagen die schriftliche Aufforderung, den Dienst wieder zu versehen. Das Reichspropagandaamt lehnt jede Hilfe für seine deutschen Beamten ab.

Nach der bereits gemeldeten Ablehnung des polnischen Ultimatus über die Räumung des Bahnhofs Deutschen durch d. S. Romanowski des Grenzschutzes ist es bis heute abends zu keinem Zusammengehen zwischen deutschen Truppen und Polen gekommen. Die Stadt Danzig ist aber noch nicht von den Polen besetzt. Die Verhandlungen der Siedlerkammer mit den Polen hatten den Zweck, im Falle einer polnischen Besetzung die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Laufe des heutigen Tages sind die Polen an der Bahnhofsseite Posen-Deutschen entlang nach über den von ihnen in der letzten Nacht besetzten Bahnhof Proschwitz hinaus vorgezogen und haben einige Nachzügler zwischen Proschwitz und Deutschen besetzt. Sie haben jetzt unmittelbar vor Deutschen, das heißt etwa zwölf Kilometer von der Brandenburgischen Grenze entfernt. Eine polnische Abteilung von etwa zehn Mann verpackte das Pferdepostamt in Deutschen zu besetzen, wurde jedoch verjagt. Die deutschen Truppen haben Besatz erhalten, ihre Stellung bei Deutschen und den Bahnhofs Deutschen unter allen Umständen zu halten. Sie haben im Laufe des Tages Verstärkungen erhalten. Weitere Verstärkungen sind auf Lauchawoosfen unterwegs. Auch sind in Deutschen Panzerautos und ein Panzerzug eingetroffen.

eigener Wehrbeauftragter zur Wehrkonferenz bewilligt. Nach dem die Reichsregierung die Bildung eines eigenen Wehrbeauftragten abgelehnt habe, würden die Wehrbeauftragten der deutschen Nationalversammlung Stimmhaltung proklamieren.

Dorgehen gegen Spartakus?

Wie die „Dresdener Nachrichten“ aus Berlin erfahren, hat die neue Reichsregierung beschlossen, gegen die Schaffung der Spartakus-Anhänger und gegen den Terror dieser Mitglieder im ganzen Reich einzuschreiten. Es sind Anordnungen an die Behörden bzw. an die Bundesregierungen ergangen, mit vollständigen und strafrechtlichen Maßnahmen gegen den Terror und gegen die Propaganda der Tat feindsel der Spartakus-Beute vorzugehen.

Um Deutsch-Oesterreich.

Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rosapfelte ist in der letzten Sitzung einer Unterredung mit einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Neben der französischen Minister und die Zukunft Deutsch-Oesterreichs folgendermaßen:

Die letzten Vorgänge in der französischen Deputiertenkammer zwingen dazu, mit größtem Nachdruck die Frage aufzuwerfen, ob aus den Ruinen dieser letzten Jahre wirklich eine neue und bessere Welt entstehen soll. Herr Bidon erklärt und überhöhen. Frankreich werde die Angliederung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nicht dulden. Davon, wie die kulturellen Werte der einzelnen Nationen am besten dem Gelamben der Menschheit dienlich gemacht werden können, und nach solchen Worten kehrt sich die ganze Welt — hätte man in Bidons Rede kein Wort. Aber daß es Frankreich darauf ankommt, Deutschland gewalttätig am Aufbau seiner inneren Einheit und seines Wirtschaftens zu hindern, das kam mit aller Klarheit zum Ausdruck. Man ersah auch, daß die französische Regierung zur Errichtung dieses Blicke über das Deutschland von heute hinausgreifen bereit ist und das höchste Grundrecht der deutsch-oesterreichlichen Völker, das Recht auf Selbstbestimmung und auf die eigene Staatsform und Staatsangehörigkeit, rücksichtslos verneinen und zerstören will.

Die neue Zeit spricht von dem Recht der freien Völker, in der französischen Deputiertenkammer aber hier es, Frankreich werde den Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland verhindern, selbst wenn die österreichischen Deutschen ihn fordern. Der Herr Bidon, ohne seine Rechte gegen die Weisheit! Die ideal gestimmten Kräfte gerade, die heute auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Zukunft der Länder deutscher Sprache rechnen, glauben, daß der Satz von der Macht, die auch das Recht bedeutet, keine einmal eben darf in der neuen Welt, an deren Aufbau sie mitarbeiten möchten, und die sie als eine Gesellschaft Gleichberechtigter verstehen. Damit beträgt es sich aber nicht, daß die slavischen Nationen das Recht der Selbstbestimmung ohne jede Einschränkung erhalten, während es den Deutsch-Oesterreichern verweigert werden soll.

Ganz aus dem Welt aufrechten Mutes erscheint mir daher die Note Deutsch-Oesterreichs an die Entente geboren zu sein, in der angelehnt einer Politik der partiellen Gewaltenteilung das Recht der Selbstbestimmung umgewandelt für die Deutsch-Oesterreicher in Anspruch genommen wird. Dies Recht der Selbstbestimmung hat natürlich nicht nur die Völk der eigenen Staatsform, sondern auch die ungewonnene Entscheidungsfreiheit über die Vereinigung mit Deutschland zu umfassen. Wenn heute jeder Deutsche im Reich in dieser Richtung Seite an Seite mit den Deutschen Oesterreichs steht, so handelt sich hier bei der Gebante an Macht. Und keine Abfängen sind hierbei für ihn machend, die Regierungen schlossen, deren Zaten nicht von der Mitverantwortung des Volkes getragen waren. Nun treibt vielmehr das Bewußtsein reichen bemerkten politischen Mutes, daß in langer historischer Entwicklung erworben wurde. Wenn es der Entente wirklich um einen dauerhaften Rechts- und Versöhnungsfrieden und um Sicherung der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker zu tun ist, wird sie sich einem solchen überdauerlichen Zusammenstoß auf dem Gebiet der selbst gewählten Selbstbestimmung nicht widerbehalten können. Wir müssen weiter davon, wie die wahre Selbstbestimmung der Völker ist, mit denen wir uns bisher im Felde gegenüberlagern. Wir kennen die Neben ihrer politischen Führer und das, was in ihrer Unfähigkeit unter den unmittelbaren deutschen Nationalversammlung, die hier im deutschen Reich lebenden Deutsch-Oesterreichern das Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung abh.

Eine Erklärung des Ostmarkenvereins

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins verleiht nachfolgende Erklärung:

Wir stehen vor der erschütternden Tatsache, daß Stadt und Provinz Posen und Teile von Oberschlesien militärisch in polnische Hand sind und als Teil des polnischen Staates behandelt werden. Damit haben die Polen die Losrennung dieser Gebietsteile vom Reich tatsächlich und im Widerspruch mit ihren früheren Erklärungen vollzogen. Reichs- und Staatsregierung haben in Posen nichts mehr zu sagen. Daß die Dinge eine solche Entwicklung nehmen mußten, war bei der schwächlichen Haltung der Behörden vorauszu sehen. Wir hatten die zuständigen Minister wiederholt auf die Mängelheiten der Posen und den Wert ihrer Zusicherungen hingewiesen und die Entsendung ausreichenden militärischen Schutzes in die Ostmark gefordert. Leider sind unsere Warnungen nicht befolgt worden. Unterstaatssekretär von Gerlach und Minister Dirich haben sich den Polen hinter die Ohren führen lassen. Sie tragen in erster Linie die schwere Verantwortung, daß Posen, ein Land Jahrhunderte alter deutscher Kultur und Ehre mit seinen 822 000 deutschen Einwohnern, zugleich die Vorkammer Preußens, dem deutschen Reich und Preußen verloren gehen soll.

Die Bundesräte stieg uns ins Gesicht, wenn wir die Worte des Ministers Ernst lesen, daß Posen vor 14 Tagen noch zu retten gewesen wäre. Damit wird die unverantwortliche Schwäche der Reichsleitung in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes ausgedeutet. Schon haben die Polen die Zufuhr von Lebensmitteln aus der Provinz gesperrt. Bald wird der Hunger an die Tore Berlins klopfen, das zu einem vollen Drittel auf die Zufuhr aus Posen angewiesen ist. Ebenso wird das Ausbleiben der obersteiglichen Kohlen die Berliner Bevölkerung und Gubenlinie in die größte Notlage bringen. Der Behauptung des Ministers Ernst müssen wir widersprechen, daß Posen und Oberschlesien für uns jetzt verloren sind. Nach sind dort mehr deutsche als polnische Soldaten; aber sie sind waffen- und führungslos gemacht durch den Verzicht der obersten polnischen Mit-

täglichkeit, daß die Offiziere Posen zu verlassen haben. Eine bisgipfligsten deutschen Truppe wird es ein Leidtes sein, die deutsche Herrschaft im Osten wieder herzustellen.

Eine solche Truppe muß unter allen Umständen umgeben geschaffen werden, wenn ein solches deutsches Land erhalten bleiben soll.

Darum wenden wir uns an Euch, deutsche Soldaten und Offiziere! Tretet ein in die Reihen des Freiwilligen-Ostmark! Aufgeborene für Soldaten und Offiziere der Ostmark! Schließt unser Vaterland und die Heimat vor Schande und Not. Der Kampf gilt nur den Polen, die mit landesverräterischer Hand sich an unserem Vaterland vergreifen. Sterbe ein Jahr haltet ihr brauchen einen weit überlegenen Heubau in fürstlichen Räumern freizig hangelassen. Wollt Ihr, daß heute deutsches Land an die Polen verloren geht? Das kann und wird nicht sein!

Ein westfälisches Freiwilligenbataillon für den Osten

Münster, 4. Januar.

Von Seiten des 7. Armeekorps wird auf Grund des Auftrags der Reichsregierung ein westfälisches Freiwilligenbataillon zum Schutz der Ostmark aufgestellt werden. Das Bataillon wird sofort nach dem Osten abgehen, wenn sein Mannschafbestand komplett und seine kriegsmäßige Ausrüstung vollendet ist.

Die Wendebewegung

Im „Neuen Westfälischen Anzeiger“ legt der Vertreter des wendischen Nationalausschusses in Bautzen die Bewegungen des Wendenvolkes dar, das mit der Freiheit den Anschlag an Deutschland und über die Reichsleitung abgelehnt habe und die Entscheidung eines wendischen oder Oesterreicher Reichsleiters plane. Die Entente habe bereits die Entsendung

